

# MIT STARKEN LEHRERN UND STARKEN SCHÜLERN -

20 Thesen für eine bessere Schule



Beschluss des Landesausschusses der Schüler Union Nordrhein-Westfalen,  
28./29. November 2009 in Lippstadt

## 1 Einleitung

2

3 Unser Land ist auf Voraussetzungen angewiesen, die es selbst nicht schaffen kann. Der Erhalt  
4 einer nicht bloß förmlichen Demokratie hängt maßgeblich davon ab, wie die Menschen sich zu  
5 diesem Angebot, dem Angebot der Freiheit verhalten. Der Einzelne kann seine Freiheit aber nur  
6 dann verantwortlich übernehmen, wenn er hierauf vorbereitet worden ist, wenn er seine eigene  
7 Berufung und Verantwortung erkennt, wenn er nicht nur sich selbst, sondern auch dem  
8 Nächsten, letztlich dem Gemeinwohl dient.

9 Ein elementarer Bereich, in dem Menschen zur Freiheit befähigt werden, ist die Bildung.  
10 Bildung heißt zunächst die Bildung, das Bilden einer eigenen Person. Sie wird verschiedentlich  
11 wahrgenommen durch die Familie, durch Kirche und Weltanschauungsgemeinschaften, durch  
12 gemeinnützige Vereine und Stiftungen, und nicht zuletzt durch den Staat selber. Dass der Staat  
13 durch seine finanziellen und rechtlichen Mittel zum Quasi- Schulmonopol wird, dass er in immer  
14 mehr Bereichen (Offene Ganztagschule) auch Aufgaben der Eltern übernimmt, erfordert, dass  
15 Schulpolitik mit ganz besonderem Gespür für die verschiedenen Belange und Grundrechte der  
16 Menschen angelegt werde.

17 Bildung muss in erster Linie Maß am jungen Menschen nehmen. Die Entwicklung des  
18 Menschen zum ganzheitlich freien und verantwortlichen Individuum ist das primäre Ziel der  
19 Schule, die frei von totalitärer Vereinnahmung ist. Bildung umfasst aber auch eine gewisse  
20 Bindung, nämlich die Orientierung des Menschen auf die Gesellschaft und das Gemeinwohl hin.  
21 Bildung ist nicht nur Befriedigung des subjektiven Bedürfnisses nach Selbstentfaltung; sie fordert  
22 die Schüler und Schülerinnen heraus zur Leistung. Bildung ist als „gesellschaftsvorbereitend“  
23 ebenso berufsvorbereitend und muss auf die heutigen Berufswelt und deren globalen  
24 Herausforderungen Rücksicht nehmen. Diese umfassende Idee von Schule beweist deren  
25 grundlegende Bedeutung für die Bildungsrepublik Deutschland und unser Land, Nordrhein-  
26 Westfalen.

27 Unsere nordrhein- westfälische Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers  
28 hat seit 2005 eine umfassende Erneuerung des Schulwesens vorgenommen. Die Versorgung der  
29 Schulen mit neuen Lehrerstellen und Lehrmaterialien, der Ausbau der Offenen Ganztagschule,  
30 die Förderung und Forderung der Schüler, auch im vorschulischen Bildungsbereich, die  
31 Erarbeitung von richtungsweisenden Lehrplänen, die Umformung eines individuellen, aber  
32 durchlässigen Schulsystems und die regelmäßige Überprüfung von Leistungsstandards der  
33 Schüler hat unserem Land eine neue Zukunft gegeben. Die rechtlichen Neuerungen müssen sich  
34 allerdings erst einleben; sie sind auf längerfristige Zukunft, auf die Zukunft der kommenden  
35 Generation ausgelegt, und daher gerade umso weitsichtiger.

36 Reale Politik muss immer auch ihre Grenzen erkennen. Bildungspolitische Maßnahmen sind auf  
37 ihre Träger verwiesen, die sie erst umsetzen. MIT STARKEN LEHRERN UND STARKEN  
38 SCHÜLERN ist eine noch bessere Schule zu erreichen. Wir, die Schüler Union Nordrhein-  
39 Westfalen, setzen auf die Menschen vor Ort, die Kommunen, die Schulen, die Lehrer, die  
40 Schüler; sie alle, Lernende und Lehrende, tragen für das Gelingen Verantwortung. Die Schüler  
41 Union will in Nordrhein-Westfalen ihren Teil dazu beitragen. Wir wollen eine noch bessere  
42 Schule schaffen.

43

#### 44 I. Wettbewerb im System der Chancengleichheit

45

- 46 1. Die umfassende Debatte um das Schulsystem ist nur eine Randfrage; sie beantwortet die  
47 zentralen Fragen der Bildungspolitik nicht an der Wurzel. Die Probleme liegen oft  
48 vielmehr in den Möglichkeitsbedingungen von leistungsfähiger und moderner Schule,  
49 nämlich in der Familienpolitik (Familienzentren, Vereinbarkeit Familie und Beruf,  
50 Ganztagsbetreuung, Bild der Familie) und der Förderung der jungen Kinder  
51 (Spracherwerb, Kinderbildung).
- 52 2. Das Schulsystem muss, wie jetzt in Nordrhein- Westfalen gegeben, individuellen  
53 Bedürfnissen angepasst sein; als Entscheidung gegen Einheits- und Gesamtschule ist zu  
54 werten, dass die meisten Eltern den Lehrerempfehlungen nach der vierten Klasse Folge  
55 leisten, um zu gewährleisten, dass das eigene Kind einen seinen Fähigkeiten  
56 entsprechenden Abschluss, überhaupt einen Abschluss erreicht. Zu prüfen ist nur, ob  
57 die Durchlässigkeit des Schulsystems schon vollumfänglich verwirklicht ist: In der  
58 Erprobungsstufe und danach muss immer ein Wechsel der Schulform möglich sein und,  
59 wenn erwünscht, auch gefördert werden. Hiermit sind eigens Lehrer an den einzelnen  
60 Schulen zu beauftragen (Förderunterricht).
- 61 3. Um Chancengleichheit in unserem Schulsystem zu erreichen, bedarf es keiner  
62 Einheitsschule, die auf formelle Gleichheit setzt. Es besteht die große Gefahr, dass  
63 Schule den Einzelnen vernachlässigt und nicht auf gleiche Chancen, sondern auf gleiche  
64 Ergebnisse, gleiche Schüler setzt. Diese Nivellierung der Individualität von Interesse  
65 und Lernbereitschaft der Schüler zieht Ungerechtigkeit nach sich, vermindert die kreative  
66 Kraft der Lernenden und verhindert einen am Leistungsprinzip orientierten Wettbewerb.  
67 Gleiche Behandlung der Ungleichen ist schlicht ungerecht.
- 68 4. Chancengleichheit wird vielmehr erst dann geschaffen, wenn sie schon in der Wurzel  
69 grundgelegt wird. Es muss die erforderliche gemeinsame Grundlage angelegt und  
70 angeboten werden. Die Förderung der sozialen, sprachlichen und inhaltlichen Kompetenz

71 schafft erst die Möglichkeit, dass Schüler ihrer eigenen Begabungen nachgehen können.  
72 Ein dreigliedriges Schulsystem will hierbei nicht Klassen absondern, sondern für eine  
73 jedem angemessene Ausbildung sorgen, die zu einem sicheren Abschluss führen kann.  
74 Diese Bildung nimmt Maß an den Anlagen des Schülers. Mehr als ein Angebot dieser  
75 Bildung ist nicht möglich; der Lernerfolg und Lernstand hängt noch immer vom Schüler  
76 selbst ab und davon, ob er eine ermöglichte Chance auch produktiv wahrnimmt, ob er an  
77 dem Wettbewerb der Chancengleichheit teilnimmt. Ein Schulsystem ist niemals  
78 alleiniger Garant für eine gute Bildung.

79

## 80 II. Materielle Ausstattung von Schulen

81

- 82 5. Um sowohl Schüler als auch Lehrer zu stärken, bedarf es einer geeigneten Ausstattung  
83 der Schulen. Hierzu gehören Schulgebäude, Möbel und sanitäre Einrichtungen, die den  
84 Anforderungen der Offenen Ganztagschule und den Bedürfnissen motivierter Schüler  
85 angepasst sind; weiterhin sind Investitionen in Lehrmaterialien, technische Ausstattung  
86 und sportliche Geräte erforderlich. Erst eine attraktive, gesunde, sichere, geräumige und  
87 einladende Schule kann ihren eigentlichen Zweck erfüllen: Motivation zur  
88 Selbstverantwortung, einem wahrlich hohen Ziel.
- 89 6. Bekanntlich sind für die angesprochenen Maßnahmen die Kommunen zuständig, die  
90 Schulen in eigener Trägerschaft errichten. Um diese zu entlasten sind finanzielle  
91 Transferleistungen des Landes erforderlich, allerdings mit ausschließlicher Bindung an die  
92 direkte Investition in Belange der Schulen. Generell ist sehr sorgsam darauf zu achten,  
93 dass Gelder (wie das Konjunkturpaket II) ihrem eigentlichen Zweck zugute kommen. Für  
94 die konkrete Ausgestaltung der Ausstattung haben Schulen und Kommunen nach eigenen  
95 Bedürfnissen zu sorgen. Dass die Einrichtung von Mensen und Aufenthaltsräumen für  
96 die Offene Ganztagschule oft sehr dringend ist, sei angemerkt.
- 97 7. Bei kostenaufwendigen Baumaßnahmen sind zugleich regionale mittelständische  
98 Unternehmen zu fördern, indem individuelle Verhandlungen mit diesen (bei Einhaltung  
99 der formalen Anforderungen für Ausschreibungen) ermöglicht werden.

100

## 101 III. Aufbau von Schulen

102

- 103 8. Die demographische Entwicklung macht es immer schwieriger, alle Schulen im und auf  
104 dem Lande rentabel zu erhalten. Um möglichst viele Schulen zu behalten, die dann den  
105 individuellen Interessen von Schülergruppen angepasst werden sollen (sprachlicher,

106 musischer, mathematisch- naturwissenschaftlicher, gesellschaftswissenschaftlicher,  
107 sportlicher Schwerpunkt), sind in einigen Bereichen Schulverkleinerungen notwendig. In  
108 jedem Falle sind kleine, individualisierte und räumlich gut erreichbare Schulen  
109 „Massenschulen“ vorzuziehen; für die gymnasiale Oberstufe ist darauf hinzuwirken,  
110 dass mehrere Schulen untereinander kooperieren oder gegebenenfalls nur eine Oberstufe  
111 unterhalten, um eine große Auswahl an Leistungskursen anbieten zu können.

112 9. Um diese kommunalen Anliegen zu verwirklichen, müssen die Kommunen und die  
113 Landesregierung die Verhältnisse vor Ort untersuchen und auf Verständigung der  
114 Schulen untereinander hinwirken. Die Kooperation der Schulen mit  
115 Betreuungsangeboten, Vereinen, Kirchen und Unternehmen sollte in einem  
116 Bildungsnetzwerk organisiert werden. Ein solches vom Land getragenes Forum, das  
117 auch digital errichtet werden soll, würde Kontakte zu verschiedenen Sektoren leichter  
118 machen und Interessen wecken: Sportarten, musikalische und künstlerische  
119 Betätigung, Einsatz für die Natur, wissenschaftliche Propädeutik, politische und  
120 zeitgeschichtliche Bildung (hierbei auch Zeitzeugen als Brücke zwischen „jung“ und  
121 „alt“), religiöse Betätigung, gesellschaftliche und wirtschaftliche Orientierung. Gerade  
122 letztere müssen dann im Vordergrund stehen, wenn Schulbildung auch in Zukunft  
123 konkurrenzfähig bleiben will: Schule muss auf das Berufsleben in Gesellschaft und  
124 Wirtschaft vorbereiten; daher ist regionale Kooperation mit Unternehmen aller  
125 Branchen (Bildungsnetzwerk) ganz besonders anzustreben.

126

#### 127 IV. „Korrelatives“ Lehren und Lernen

128

129 10. Die Wirkung von Regelungs- und Planpolitik ist sehr begrenzt; wie in der Einleitung  
130 bemerkt, kommt es auf den Menschen an. Vom guten Willen des Menschen ist  
131 auszugehen; das Individuum wird in eigener Verantwortung die staatlich geschützte  
132 Freiheit ausgestalten. Schulen müssen eigenverantwortlich sein; wir lenken nur darauf  
133 hin, dass ihnen das ermöglicht wird. Erfahrungen der Schulen und Schüler sind in die  
134 Landespolitik zu integrieren.

135 11. Die Person des Lehrers ist nicht austauschbar. Schülern sollen nicht bloß  
136 Informationen nahegebracht werden. Der Lehrer ist nicht nur ein Moderator, der durch  
137 ein Lernbuch führt. Schüler sollen in ihrer Schulzeit die Welt verstehen lernen. Solch  
138 transzendente Fragen kann nur eine Person vermitteln, die mit Überzeugung für die  
139 Grundlagen unserer Gesellschaft einsteht; sie ist kein Buch und keine Maschine. Daher  
140 gehören Lehrer auch vor allem in das Gespräch mit ihren Schülern und deren Eltern. Es

141 muss auch strukturell möglich sein, dass der Lehrer ein Ansprechpartner für die Schüler  
142 wird und auf deren Bedürfnisse, Sorgen und Interessen eingehen kann. Bei der Vergabe  
143 von Noten muss der Lehrer so die Stärken und Schwächen des Schülers aufzeigen. Nähe  
144 zum Schüler belastet nicht, sondern schafft ein positives Schulklima.

145 12. Das Hauptanliegen der Bildungspolitik ist also das Verhältnis von Lehrern und Schülern.  
146 Will der Lehrer nicht nur sein eigenes Fach vertreten, sondern auch die dahinterliegenden  
147 existentiellen Fragen, muss er schon im Studium entsprechend gelenkt werden. Der  
148 Unterricht muss durch verschiedenartige und interdisziplinäre Sichtweisen  
149 angereichert werden, indem auch Personen von außen, Referendare, Sachkundige und  
150 universitäre Dozenten eingebunden werden; ein landesweites Bildungsnetzwerk ist  
151 unbedingt erforderlich. Die Kooperation mit den Hochschulen, Fachschulen,  
152 Unternehmen, Handwerkskammern etc. kann auch auf das spätere Berufsleben  
153 vorbereiten. Das Verfassen von ernst zu nehmenden Facharbeiten und das Erforschen  
154 von Bibliotheken ist unbedingte Voraussetzung für ein fundiertes Studium.

155 13. Die Qualität des Unterrichtes kann auch dann verbessert werden, wenn das Lehren des  
156 Lehrers korrelativ verstanden wird: Auch er lernt noch von seinen Schülern. Die  
157 regelmäßige und differenzierte Evaluierung der Lehrer durch Schüler ist anzuraten;  
158 gleiches kann auch durch auswärtige Unternehmen erfolgen. Die Bewertung muss aber  
159 mit produktiven Forderungen einhergehen und macht möglicherweise Fortbildungen des  
160 Lehrers erforderlich. Der Lehrer ist hier zu fördern, nicht zu bestrafen oder zu  
161 verurteilen. Auch er muss als fehlbar gesehen werden.

162 14. Um Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen auch verschiedene Schulangebote  
163 bestehen bleiben, Schulen in freier Trägerschaft; so wird einer Verabsolutierung des  
164 staatlichen Schulsystems vorgebeugt. Schulen können auch, wenn nicht weiter rentabel, in  
165 freie Trägerschaft übergeben werden. Der Beruf des Lehrers ist deshalb nicht zu  
166 privatisieren, da er hierdurch selbst an Sicherheit, Attraktivität verlieren würde und die  
167 Bindung an den Staat mit seiner freiheitlich- demokratischen Grundordnung entfiele. Die  
168 angesprochene Attraktivität wird auch dadurch gefördert, dass das Verhältnis von  
169 Lehrern und Schülern gebessert wird; die Frage nach dem einzelnen Menschen, Lehrer  
170 und Schüler, bleibt die Kernfrage der Bildungspolitik.

171 15. „Korrelatives Lehren und Lernen“ kann auch verbessert werden, wenn eine maximale  
172 Klassengröße (20-25 Schüler) festgeschrieben wird, weitere Lehrstellen und  
173 Ausbildungsstellen zum Schuldienst geschaffen werden. Die modularisierte Ausbildung  
174 von Lehrern sowie deren Fortbildung muss früh Kontakt zu den Schülern ermöglichen;

175 interdisziplinäre Studienprogramme sichern die Geeignetheit des Lehrers für  
176 ganzheitliche Bildung.

177 16. Der einzelne Schüler muss zur eigenen Entfaltung befähigt und herausgefordert werden,  
178 durch den Lehrer und auch durch das Land. Die Förderung von verschiedenen  
179 Wettbewerben (auch die Schaffung von eigenen Landes- Wettbewerben neben den  
180 Bundeswettbewerben „Jugend forscht“, „Jugend musiziert“, „Jugend ...“) sowie die  
181 materielle Unterstützung von seriös geführten Schülerzeitungen, eines  
182 Schulorchesters, von schulinternen Tutorenprogrammen und von sportlichen  
183 Wettkämpfen kann nicht nur kommunal getragen werden, sondern muss von der  
184 Landesregierung koordiniert sein. Auch ein Auslandsaufenthalt im Rahmen der  
185 verkürzten Oberstufe ist als Programm für „social skills“ und „Schlüsselqualifikationen“  
186 zu unterstützen, muss aber entsprechend vorbereitet und produktiv genutzt werden.

187

## 188 V. Der öffentliche Erziehungsauftrag – mehr als Unterricht

189

190 17. Der Staat leistet seinen öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag in einer  
191 pluralistischen Umwelt, in welcher Erziehung nicht mehr ausschließlich durch Religion  
192 und Familie übernommen wird. Diese Leerstelle macht es schwierig, einerseits genügend  
193 Anerkennung bei den Schülern zu gewinnen, und gleichzeitig das eigene  
194 Erziehungsprogramm immer tolerant zu gestalten.

195 18. Der Staat kann sich nicht als Moralapostel verstehen, er muss die Grundlagen dafür  
196 schaffen, dass sich eigenverantwortete Moral entwickeln kann. Der Erziehungsauftrag  
197 des Landes besteht darin, dem Schüler kritisches Urteilen, freies Denken, friedliches,  
198 tolerantes und soziales Handeln und die Orientierung an Werten anzubieten. Die Schule  
199 muss im Rahmen von Geschichtsunterricht ein angemessenes Nationalbewusstsein  
200 schaffen, im Rahmen von sozialwissenschaftlichem Unterricht das Erfolgsmodell der  
201 sozialen Marktwirtschaft von Ideologien abgrenzen und die freiheitlich-  
202 demokratische Grundordnung verständlich und attraktiv machen. Dieses  
203 Weitsichtigkeit wird neben fachlicher Kompetenz im Berufsleben an Bedeutung  
204 zugewinnen.

205 19. Hierbei ist die Einführung christlicher Werte in der Schule zu fördern, wie die  
206 Verfassung und das Schulgesetz des Landes Nordrhein- Westfalen unterstreichen. Das  
207 Angebot von (neutral ausgestalteten) Andachtsräumen und Gottesdiensten zu gegebenen  
208 Anlässen ist zu verbessern. Christliche Bezüge dienen hierbei der Ausbildung des  
209 Gewissens, gleichsam als Kultur- und Bildungsfaktor, sie wollen nicht vereinnahmen.

210 Daher verstoßen Kreuze in Klassenräumen auch nicht gegen die negative  
211 Religionsfreiheit; christliche Kreuze erkennen die säkulare Trennung von Staat und  
212 Kirche an. Der Bezug zum Christentum steht daher zunächst auf der Ebene der  
213 gemeinsamen Werte und ist in jeder Schule auszubauen. Die Einführung von  
214 Islamunterricht ist aufgrund des anderen Religionsverständnisses skeptisch zu betrachten.  
215 20. Gezielte Sensibilisierung für die Probleme der heutigen Zeit sind in allen Bereichen des  
216 Unterrichtsangebots möglich. Einige Fächer können hierauf besser hinleiten und sollten  
217 dementsprechend stark im Stundenverhältnis der Oberstufe, einer Zeit der Orientierung,  
218 vertreten sein. Mit dieser Erfüllung von an Werten orientierter Bildung kann auch dem  
219 Gewalt- und Drogenpotenzial entgegengesteuert werden.

220

## 221 Fazit

222

223 Der Schüler Union kommt es auf Personen an: auf die Person des Lehrers, die als Beruf attraktiv  
224 sein muss, aber auch konkurrenzfähig und verbesserungsbereit. Lehrer gehören entsprechend  
225 aus- und weitergebildet. Weiterhin: auf die Person des Schülers, der mit einem bestimmten  
226 Leitbild auf ein Leben in der Gesellschaft und im Beruf vorbereitet werden muss. Er ist  
227 individuell zu fördern, in das kommunale Angebot einzubinden und auch genügend finanziell zu  
228 berücksichtigen. Die Schüler Union Nordrhein- Westfalen fordert, dass in Schulen entsprechend  
229 Schwerpunkte gelegt werden für Maßnahmen, die das Angebot für Schüler verbessern, den  
230 Unterricht der Lehrer professionalisieren, die Lern- und Lehrbedingungen für alle erleichtern,  
231 den Leistungsbedürfnissen der Schüler in ihrer Schulform entsprechen, allerdings auch  
232 Leistungen in Vorbereitung auf das spätere Leben einfordern.